

Arbeits-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder



Nr. 32

Das Blatt erscheint jeden Sonntag.
Abonnementspreis Nr. 1,50 pro Quartal.
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,
Claudius-Str. 1. Fernsp.: Nordf. 8246.

Hamburg, den 9. August 1919

Anzeigen kosten die sechsgespaltene Non-
pareilzeile oder deren Raum 50 Pf. (Der
Betrag ist stets vorher einzusenden).
Verbandsangelegenheiten kosten 25 Pf. die Zeile.

33. Jahrg.

Soll die Arbeitskraft eine Ware bleiben?

Bekanntlich ist die menschliche Arbeitskraft, das heißt die Fähigkeit, irgendeine körperliche oder geistige Arbeit zu verrichten, unter der Herrschaft des Kapitalismus zu einer Ware geworden, die gekauft und verkauft, deren Preis durch Angebot und Nachfrage bestimmt wird. In der kapitalistischen Gesellschaft und Wirtschaft besteht eine Scheidung zwischen denen, die Produktionsmittel (Grund und Boden, Rohstoffe und Werkzeuge) sowie die Absatzmöglichkeit für ihre Ware besitzen und der großen Masse des Volkes, die lediglich die Arbeitskraft ihr eigen nennen. Da erstere mit den Produktionsmitteln nichts anfangen können, weil sie nicht über die nötige Arbeitskraft verfügen, und die letzteren ihre Arbeitskraft nicht verwenden können, weil es ihnen an Produktionsmitteln fehlt, so schließen beide einen Vertrag, den Arbeitsvertrag, ab, wonach die Proletarier den Kapitalisten ihre Arbeitskraft gegen eine bestimmte Entschädigung zur Benützung überlassen. Ob es sich um eine gewöhnliche oder um eine hochqualifizierte Arbeitskraft, ob es sich um Kopfarbeit oder um Handarbeit, ob es sich um einen einfachen Tagelöhner oder um einen hochgebildeten Geistesarbeiter handelt, in jedem Falle ist der von Produktionsmitteln entblößte Proletarier (mit Stehträgen oder in Hemdsärmeln) gezwungen, seine Arbeitskraft einem Arbeitgeber zu verkaufen. Der Arbeitgeber seinerseits nutzt die Arbeitskraft zu seinem Vorteil aus und steckt den erzielten Ueberschuß in seine Tasche, während er dem Arbeiter mit einem möglichst geringen Lohne oder Gehalt abspeist.

Auf der Trennung des Arbeiters von den Produktionsmitteln beruht die Ausbeutungsmöglichkeit durch den Kapitalisten, sie ist die Ursache des Massenelends und der Knechtschaft in jeder Form. Der Arbeiter gerät in eine wirtschaftliche Abhängigkeit vom Kapital, und auch in geistiger Beziehung lüchelt ihn das Kapital gefangen zu halten, da es nicht nur Anspruch erhebt auf seine Arbeitskraft, sondern auch auf seine Person, seine Ueberzeugung und Gesinnung, sein ganzes Fühlen und Denken. Nach dem Grundsatz: „Was Brot ich esse, des Lieb ich singe!“ verlangt der Arbeitgeber vielfach, daß der Arbeiter ihm auch in politischer und anderer Beziehung zu willen sein, daß er auf die ihm als Staatsbürger zustehenden Rechte und Freiheiten verzichten soll. Hiergegen sträubt sich natürlich ein denkender Arbeiter mit Händen und Füßen, aber der Unternehmer mißbraucht seine wirtschaftliche Uebermacht, um ihn zur Unterwerfung zu zwingen. Der Kapitalist geht von der Auffassung aus, daß er den ganzen Menschen gekauft habe und über dessen gesamten Kräfte frei verfügen dürfe. Man spricht deshalb mit Recht von der modernen Lohnsklaverei, die den Arbeiter der Gegenwart auf die Stufe eines Sklaven im Altertum herabdrückt.

Zum Glück für die Arbeiterschaft gewann der Organisationsgedanke in ihren Reihen immer mehr Anhänger, und die Zahl der Organisierten wuchs zusehends. Zunächst waren es die Gewerkschaften, die es fertig brachten, den Preis der Ware Arbeitskraft in die Höhe zu treiben, indem sie von Zeit zu Zeit immer wieder eine Erhöhung des Arbeitslohns und eine Verkürzung der Arbeitszeit durchsetzten. Sodann betätigten sich zahlreiche, weiterdenkende Proletarier auch auf politischem Gebiete durch die Ausbreitung und Vertiefung des sozialistischen Gedankens. Sie gründeten sozialdemokratische Vereine, schickten ihre Vertreter in die Parlamente und gewannen Einfluß auf Staat und Gemeinden. Ihre Absicht war, in den Besitz der Staatsgewalt zu gelangen, den kapitalistischen Klassenstaat abzuschaffen und einen sozialistischen Volksstaat an dessen Stelle zu setzen. Sie wollten die kapitalistische Wirtschaftsweise beseitigen, die Ausbeutung des Proletariats durch das Kapital unmöglich machen und ihm seine wirtschaftliche Unab-

hängigkeit sichern. Zu dem Zweck sollte das heutige Lohnsystem geändert und die Arbeitskraft ihres Charakters als Ware entkleidet werden. Jeder Mensch, der nützliche Arbeit verrichtet, sollte nicht mehr Lohnsklave eines Kapitalisten sein, er sollte vielmehr im Dienste der Allgemeinheit arbeiten. Auf diese Weise wollte man nicht nur jedem Menschen, der seine Pflicht und Schuldigkeit tut, ein menschenwürdiges Dasein gewährleisten, sondern auch die Würde der Arbeit wieder herstellen.

Es ist nämlich eine unbestreitbare Tatsache, daß die Degradierung der menschlichen Arbeitskraft zu einer Ware für den Arbeiter und die Arbeiterin eine große Entwürdigung bedeutet. Während der Proletarier im Staatsleben als gleichberechtigter Bürger galt, wurde er im Wirtschaftsleben als Lohnsklave des Kapitals betrachtet und behandelt. Diese Erniedrigung seiner Persönlichkeit empfand der klassenbewusste Arbeiter als einen seelischen Druck, der auf ihm lastete, und je mehr das proletarische Selbstbewußtsein infolge der Aufklärung und Erziehung durch Gewerkschaft und Partei wuchs, desto stärker wurde auch die innere Empörung über die Lohnsklaverei. Das instinktive Gefühl, das im Proletariat vorhanden war, das Gefühl, vom Kapital zu einer Ware und einer Sache erniedrigt zu sein, entwickelte sich allmählich zum klar ausgeprägten Klassenbewußtsein, das den Willen erzeugte, das Joch der Lohnsklaverei zu zerbrechen. In den Arbeitermassen machte sich das Bestreben bemerkbar, unser wirtschaftliches Leben auf eine völlig neue Grundlage zu stellen. Offenbar sind es nicht nur materielle Interessen, die die Arbeiterschaften unter das Banner des Sozialismus getrieben haben, auch das Verlangen, die Ehre der Arbeit wieder herzustellen, spielt hierbei eine ausschlaggebende Rolle. Tief in der Seele des Proletariats lebt das Sehnen nach Menschenwürde und sozialer Gleichwertigkeit.

Noch ist dies Sehnen nicht erfüllt, noch ist die Arbeit nicht erlöst worden aus dem Sklavenjoch. Die Revolution hat nur die Bahn freigemacht zur Erreichung dieses Zieles, die Aufgabe der organisierten Arbeiterschaft ist es, durch eine Sozialisierung unseres Wirtschaftslebens dafür zu sorgen, daß die Arbeitskraft keine Ware mehr bleibt, sondern zu einer Fähigkeit wird, die zur Förderung des Allgemeinwohls verwendet wird. Hier stoßen wir auf die tiefste Wurzel des Sozialisierungsgedankens und des Willens zur Vergesellschaftung: der Proletarier will nicht mehr unter der Sklavenspeitsche des Kapitals frohnden, er will vielmehr als freier Mensch, ohne äußeren Zwang, aus innerer Ueberzeugung freiwillig seine Pflicht tun im Dienste und zum Wohle der Gesamtheit. Der Zwang soll ersetzt werden durch Freiwilligkeit, die Slavengesinnung durch das Bewußtsein der Würde und die Furcht vor der Hungerpeitsche durch Gemein Sinn und Menschenliebe. Aufrechte, selbstbewusste, aber pflichtgetreue Menschen müssen die Betriebe bevölkern, wenn der Kapitalismus nicht nur äußerlich beseitigt, sondern auch innerlich gebrochen und im Herzen der Menschen mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden soll.

Zur Sozialisierung der Baubetriebe

wird uns vom deutschen Wohnungsausschuß geschrieben:
Die politische Entwicklung der letzten drei Viertel Jahre stellt uns unter andern auch vor die Frage, ob auch der Baubetrieb in eine Art Gemeinwirtschaft überführt, das heißt sozialisiert werden soll. Daß starke Kräfte hierauf hinarbeiten, ist offenkundig. Insbesondere hat auch der Deutsche Bauarbeiterverband auf seinem letzten Verbandstage in Weimar im Mai dieses Jahres die schrittweise Vergesellschaftung des Baugewerbes gefordert. Auf einige andere wichtige in dieser Richtung drängende Umstände weist Stadtbaurat Dr. Ingenieur Martin Wagner, Berlin-Schöneberg, in zwei sehr interessanten Aufsätzen „Zur Sozialisierung unserer Baubetriebe“

in der „Bauwelt“ vom 26. Juni und „Die Sozialisierung der Baubetriebe“ in der „Volkswirtschaft“ vom 24. Juni hin. Er führt aus, daß die Arbeiterschaft heute nicht mehr für einen privaten Unternehmer arbeiten wolle; sie fühle sich, ob nun mit Recht oder Unrecht, in diesem Verhältnis ausgebeutet und sehe dem privaten Unternehmertum daher von vornherein einen gewissen passiven Widerstand und eine gewisse Gleichgültigkeit entgegen, die zu starker Verminderung der Arbeitsleistung führen. Das Unternehmertum aber habe infolge der Einführung der Betriebsräte usw. nicht mehr die frühere Macht, durch Entlassungen, Aussperrungen usw. hiergegen anzukämpfen. Außerdem aber habe die Bauunternehmung dadurch, daß sie zurzeit größtenteils auf öffentliche Auftragsarbeiten angewiesen sei, und durch die Beschränkungen in der Baumaterialienwirtschaft ohnedies schon den Charakter einer öffentlichen Unternehmung gewonnen.

Welche Umwandlungen aber wären danach im Baubetriebe vorzunehmen? Auch in dieser Hinsicht macht Wagner bemerkenswerte Darlegungen. Er lehnt nicht nur die Verstaatlichung, sondern auch die Kommunalisierung der Baubetriebe entschieden ab. Der gegenwärtige kommunale Verwaltungsbetrieb, meint er, arbeite zu unwirtschaftlich und zu bürokratisch, um Betriebe wie die Bauunternehmungen, die vor allem persönliche Tatkraft, Entschlußkraft und persönliche Können fordernden, in sie einzugliedern, für einen grundsätzlich neuen Aufstieg unserer Wirtschaft komme dieses System nicht in Frage. Wagner macht statt dessen einen eigenen positiven Vorschlag, der übrigens in der allernächsten Zeit ausführlicher in einer besonderen Schrift „Sozialisierung der Baubetriebe“ in Carl Heymanns Verlag veröffentlicht soll. Dieser Vorschlag geht im wesentlichen dahin, zwar die Baubetriebe als individuelle Betriebe mit freier Konkurrenz, individueller Bewertung, Abrechnung der Arbeitsleistung und weitgehender Freiheit der Geschäftsführung zu erhalten, ihnen aber andererseits doch einen stark sozialisierten Charakter zu geben. Es soll Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Angehörigen sowie ein Existenzminimum für diese eingeführt, aber auch eine Mindestarbeitsleistung festgesetzt werden. Ferner soll jeder einzelne Baubetrieb der Aufsicht eines Betriebsvorstandes unterliegen, in dem die Arbeiter und Angestellten den überwiegenden Einfluß haben. Die Grundlage für diese ganze Umwandlung aber soll die Schaffung sogenannter Baugewerkschaften abgeben, auf denen sich die einzelnen Baubetriebe aufbauen. Diese Baugewerkschaften sollen von dem Zentralrat der Bauarbeiter veranlaßt werden und als Ausgaben einerseits die jetzigen Ausgaben der Gewerkschaften haben und andererseits die der Unternehmerverbände und der öffentlichen Körperschaften, zum Beispiel Vergütung der Lohnsätze, Kapitalbeschaffung, Erwerbslosenunterstützung, gewerbliches Steuerwesen und dergleichen mehr. Das nötige Kapital für die sozialisierten Betriebe soll bei bestehenden Betrieben, die ihre Sozialisierung beantragen, durch verzinsliche Uebernahme des eingebrachten Kapitals beschafft, bei der Neugründung von Baubetrieben dagegen von Reich, Staat und Gemeinden gegeben oder durch Ausgabe von Obligationen aufgebracht werden. Als eine Hauptaufgabe der sozialisierten Baubetriebe betrachtet Wagner die Pflege und Steigerung der Arbeitsleistung durch Beratung und Anleitung, durch Akkordlöhne, wissenschaftliche Betriebsführung und dergleichen mehr, und er hofft, so die jetzigen Arbeitsschwierigkeiten zu überwinden.

Diese Vorschläge des betannten Verfassers verdienen gewiß ernsthafte Beachtung, namentlich auch in den Kreisen der technischen Intelligenz, die Wagner dazu besonders aufzucht. Doch läßt sich nicht leugnen, daß ihrer Verwirklichung immerhin mancherlei Schwierigkeiten und Bedenken entgegenstehen. Als ein Hauptgrund für die ganze Umwandlung wird von Wagner die Stimmung der Arbeiterschaft gegenüber dem privaten Unternehmerbetrieb angegeben. Man kann aber doch fragen, ob es richtig ist, Stimmungen für wichtige wirtschaftliche Entscheidungen maßgebend sein zu lassen, ohne die Vorfrage aufzuwerfen, wieweit diese Stimmungen berechtigt sind oder nicht. Weiter: Unser Baugewerbe wird sich in den nächsten Jahren und Jahrzehnten sowohl in bezug auf sein Tätigkeitsfeld wie in bezug auf die Baumaterialien und die Art der Betriebsführung wesentlich ändern. Verhältnissen anpassen müssen als bisher. Es ist doch fraglich, ob die danach erforderliche und ja auch von Wagner geforderte weitgehende Freiheit der Geschäftsleitung sich mit den von ihm vorgeschlagenen starken Bindungen verträgt. Ferner werden bei dieser Umstellung des Baugewerbes in vielen einzelnen Fällen Kapitalverluste, selbst erheblicheren Umfangs, nicht zu vermeiden sein; werden Unternehmungen, die einen so stark öffentlichen Charakter tragen, wie Wagner es will, in der Lage sein, solche Verluste auf sich zu nehmen? Endlich ist doch wohl keine, wie auch immer geartete, Umwandlung der Form und Organisation des Baubetriebes an sich hinreichend, um Arbeitseifer und Pflichttreue zu beleben. Dazu bedarf es neben wirtschaftlichen Heizmitteln, Umwandlung der Gesinnung, also eines inneren Vorganges, den man durch organisatorische Maßnahmen nicht

erzwingen kann. Indes sollen diese Einwände keineswegs die Wagnerischen Vorschläge abtun, sondern vielmehr dazu anregen, sie einer vorurteilsfreien und eingehenden Prüfung zu unterwerfen.

Der Arbeitsmarkt im Mai 1919.

Die dem Statistischen Reichsamt zugegangenen Berichte lassen erkennen, daß die wirtschaftliche Lage im Mai ein nicht ganz so trübes Bild bietet, wie im April.

In den einzelnen Gewerbegruppen ist, wie das „Reichs-Arbeitsblatt“ im Juniheft bekannt gibt, der Auftragsbeleg teilweise wesentlich zurückgegangen.

Nach den Nachweisungen der Krankenkassen standen am 1. Juni 1919 im Vergleich zum Anfang Mai insgesamt 209 529 oder 8,8 v. H. mehr Mitglieder in Beschäftigung.

Die Statistik der Arbeitsnachweise läßt erkennen, daß im Berichtsmontat die Zahl der Arbeitsuchenden, bezogen auf die Zahl der offenen Stellen, beim männlichen Geschlecht nicht unwesentlich gestiegen, beim weiblichen hingegen unverändert geblieben ist.

Die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise für das gesamte Baugewerbe ergab für Mai 1919 nachstehendes Resultat:

Table with 3 columns: Beruf, Arbeitsstellen, Offene Stellen, Besetzte Stellen. Includes categories like Maurer, Fuhrer, Stuckateure, Zimmerer, Maler, Lackierer, Anstreicher, Glaser.

Auf 100 offene Stellen entfallen Arbeitsgesuche in den Monaten März, April, Mai 1919:

Table with 4 columns: Beruf, März, April, Mai. Shows ratios for Maurern, Zimmerern, Malern, Gläsern.

Für das Malergewerbe vertellen sich Angebot und Nachfrage in den Monaten März, April und Mai 1919 wie folgt auf die einzelnen Bundesteile.

Large table with 6 columns: Bundesteil, Arbeitsuchende, Offene Stellen, Arbeitsuchende, Offene Stellen, Arbeitsuchende, Offene Stellen. Lists various German states like Ostpreußen, Westpreußen, Berlin u. Brandenburg, Pommern, etc.

Vorschlag auf Feststellung entschädigungspflichtiger Fälle.

Eine außerordentlich zahlreich besuchte Mitgliederversammlung der Filiale München hatte einstimmig beschlossen, den Hauptvorstand zu ersuchen, als weiteren Punkt der Tagesordnung der Generalversammlung in Würzburg zu setzen: Die Gefahren der Berufskrankheiten im Malergewerbe und ihre wirksame Bekämpfung.

gewesen, diesen Punkt so ausgiebig zu besprechen, wie seine Wichtigkeit es beansprucht hätte.

In dem Vortrage des Genossen Peinke scheint mir besonders wichtig zu sein die Forderung der Reform der Reichsversicherungsordnung, und hier insbesondere die der Unfallversicherung, dahingehend, daß alle infolge von Berufskrankheiten eingetretenen Todesfälle entschädigungspflichtig werden, das heißt, die Witwen und Waisen sollen gerade so entschädigt werden wie solche, die infolge eines Unfalles ihren Ernährer verloren haben.

Man wird hiergegen wahrscheinlich einwenden, ja, das ist alles schön und gut, aber wegen der damit verbundenen Kosten ist der Weg nicht gangbar.

Durch diese Kartenanlage wird es auch möglich sein, die geeignete ärztliche Behandlung herbeizuführen und so manchen in gesundheitsgefährlichen Berufen tätigen Arbeiter vor dem Siechtum zu bewahren und der Familie ihren Ernährer zu erhalten.

Durch diese Kartenanlage wird es auch möglich sein, die geeignete ärztliche Behandlung herbeizuführen und so manchen in gesundheitsgefährlichen Berufen tätigen Arbeiter vor dem Siechtum zu bewahren und der Familie ihren Ernährer zu erhalten.

Lohnbewegungen und Streiks.

Apennade. Während der Zeit des Krieges sind unsere Meister aus dem Arbeitgeberverband ausgetreten, damit war der Reichstarifvertrag für das hiesige Lohngebiet erloschen.

Hadersleben. Als deutsche Grenzstadt, in der noch heute die dänische Sprache vorherrschend ist, wurde unser Ort in der Öffentlichkeit nie so oft erwähnt, als seit der Zeit nach dem Waffenstillstand.

deshalb berichten, wie es hier mit unserer Organisation und mit unseren Arbeitsbedingungen bestellt ist.

Minden L. W. Obgleich unsere Meister dem Westdeutschen Malermeisterverband als Mitglieder angehören, sind die Lohnvereinbarungen, die unser Verbandsvorstand mit dieser Organisation bisher getroffen hat, in Minden niemals anerkannt worden.

Münsterl. Am 17. April dieses Jahres kam hier, durch Vermittlung des hiesigen Gewerkschaftsartells, die erste Gründung einer Zahlstelle des Verbandes der Maler zustande.

Aus unserm Beruf.

Gotha. Filialkonferenz am 6. Juli. Die von 22 Delegierten aus den Zahlstellen, dem Verbandsvorsitzenden Kollege Streine, Filialleiter Kollege Vogt und dem Gesamtvorstand besuchte Konferenz begann um 10 1/2 Uhr.

geworfen, obwohl man gewußt habe, was er früher im Verbande war. Die Kollegen der Filiale hätten ihm doch das Vertrauen geschenkt. In der Filialefrage und der ferneren revolutionären Gestaltung innerhalb der Organisation habe der Verbandstag vollständig versagt. Mit gutem Verständnis beleuchtet er noch alles das, was hausfällig sei und zeigt mit klarem Sinnwesen, wie es ganz anders und besser sein könnte. In der Diskussion glaubt Kollege Streine verschiedene Angriffe zurückweisen zu müssen. Die Neuerung Wochs habe doch die Filiale durch alle Tagessetzungen gemacht. In Bezug auf Verbindung von Politik und Gewerkschaft sei er der Ansicht, daß es nicht ginge, weil 2 sozialistische Richtungen vorhanden seien und die Mitglieder den verschiedenen Richtungen angehörten und die Meinungen sehr auseinander gingen. Es sei manches Gesprächliche auf dem Verbandstage gelöst worden. Kollege Müller, Saalfeld ist der Ansicht, daß der Bericht des Kollegen Gottschling mehr den Charakter eines politischen Vortrages habe. Er habe den Eindruck, als sei das Verhältnis hier in Gotha nicht so einmütig. Folgende Resolution liegt vor: Die heute hier tagende Filialkonferenz protestiert ganz entschieden dagegen, daß unserem vom Verband der Kollegen getragenen Delegierten keine kurze Verbandszugehörigkeit sowie unwahre und verleumderische Redewendungen eines Genossen auf dem Parteitag der U. S. P. gegen ihn ausgeschleudert wurden. Diese Resolution wurde von allen gegen 8 Stimmen angenommen. Zur Begründung führte Kollege Gemleib folgendes aus: Eine Kommission sei eingesetzt, um die Sache Gottschling zu unterfuchen. Soweit bis jetzt das Material gesichtet und geprüft ist, habe man allgemein den Eindruck gewonnen, daß dem Kollegen Gottschling ein Unrecht angetan sei. Kollege Gemleib kritisiert das Verhalten der Beamten auf dem Verbandstage, das große Mißtrauen der Kollegen gegen die Taktik der Beamten hätte ihnen sagen müssen, sich der Stimme zu enthalten. Endgegenüber Kollegen Streine ist er der Ansicht, daß Politik und Gewerkschaft nicht zu trennen sei. Wir erkämpften wohl höhere Löhne, die uns aber nichts nützen, da der Kapitalist die Lohnerhöhungen wieder auf die Fertigprodukte aufschlägt. Nicht Lohnkämpfe, sondern die Umgestaltung der Staatsform, die Beseitigung des Kapitalismus durch die Sozialisierung Löhne sind möglich. Es sei die höchste Zeit, den Generallös als unsere beste und schärfste Waffe in den Gewerkschaften zu propagieren. Er fordert die Kollegen auf, tatkräftig mitzuarbeiten in neuen revolutionären Geist zu unser aller Nutzen. Als Filialleiter wird Kollege Polenz mit 17 Stimmen gewählt. Kollege Koch, Gotha, erhielt 8 Stimmen und Kollege Müller, Saalfeld, 2 Stimmen. Im Punkt 8 gibt Kollege Wochs eine Uebersicht über den geschäftlichen und finanziellen Stand unserer Filiale. Einer Anregung um Aufstellung eines Fachblattes für Lehrlinge wird vom Hauptvorstand zugestimmt. Hieraus dankt der Vorsitzende den Delegierten und wünscht fruchtbringende Arbeit bis zur nächsten Konferenz.

U n t e r r i c h t u n g. Aus vorstehendem Bericht mußten einige Stellen entfernt werden, die offenkundige Unwahrheiten und Verunglimpfungen von Kollegen und verbündeten Genossen enthielten. Andersfalls hätten diese wahrscheinlich das Wort verlangt oder wir hätten die Angriffe zurückweisen müssen. Diese haben wir aber weder Raum noch lassen sich unsere Kollegen erfahrungsgemäß die sich dann gewöhnlich entspinneenden Polemiken gefallen. Im übrigen ist der Bericht auch so noch voller Einseitigkeit und Unimpartialität besonders gegen die angeklagten Kollegen; es würde daher viel zu weit führen, die Mängelstellungen vorzunehmen.

G a m b u r g. In zwei Mitglieder Versammlungen beschäftigte sich die Filiale mit der Generalversammlung in Würzburg. Die erste, am 2. Juli, stand unter dem Zeichen der Belagerungszustände, der von dem in Hamburg eingerückten Korps Lettow-Borbeck verhängt worden war. Weil auch vor dem Gewerkschaftshaus Absperrungen durch Stachelstrauch vorgenommen waren, wurde vor Eintritt in die Tagesordnung der Mitglieder Versammlung eine Protestresolution gesprochen, die mit großer Mehrheit Annahme fand. Die berichtenden Delegierten Dösch und Zonn hatten sich ihre Aufgabe dahin geteilt, daß Dösch über den allgemeinen Teil, Zonn über das neue Statut berichten sollte. Der frühen Vollzeitsunde, 9 Uhr, wegen konnte nur Dösch seinen Bericht geben. Dösch schilderte, daß sogleich zu Beginn der Würzburger Tagung sich die sogenannte Opposition in drastischer Weise offenbarte. Die Debatte über den Rechenschaftsbericht des Vorstandes war stark politisch beeinflusst und gedauerte allein die Zeit von zwei Verhandlungstagen. Dadurch kamen die übrigen Verhandlungsthemen etwas zu kurz. In den Richtlinien über die Aufgaben des Verbandes für die Zukunft ist eine alle Forderung der Hamburger Filiale, beim Abschluss von Tarifverträgen den Orten in der Festlegung der Löhne größere Freiheit zu gewähren, ausgesprochen worden. In der zweiten Versammlung am 24. Juli wiederholte Zonn noch einmal diesen Bericht. Er hob besonders hervor, daß ihn die Behandlung des Punktes „Die Aufgaben des Verbandes für die Zukunft“ enttäuscht habe. Es seien keine weiterschauenden Gedanken vorgetragen worden. Der Korreferent Kollege Wöber, der doch nun das Neue hätte sagen sollen, habe versagt; ebenso die Diskussion über diesen Punkt der Tagesordnung. Dann gab Zonn einen Bericht über die Neuordnung des Statuts. Die hierzu von der Filiale gestellten Anträge sind größtenteils angenommen; auch unser Antrag, der die Schaffung von Lehrlingsabteilungen der Filialen zur Pflicht macht. Da zur Beaufsichtigung der Schreibe des „Vereins-Anzeiger“ eine Preßkommission berufen werden soll, wird diese wohl von der Hamburger Filiale gewählt werden. Redner schloß: Wenn auch das Tagungsergebnis von Würzburg nicht vollständig befriedigend sei, doch zu erwarten, daß es zum Besten des Verbandes und der Kollegenschaft auswirke. In der Diskussion wurde ausgesprochen, ob es nicht ratsamer gewesen wäre, die Streikunterstützung, die auch mit den erhöhten Löhnen für die herrschenden Lebensverhältnisse ungenügend sei, unter Abbau der übrigen Unterstützungen noch weiter zu steigern. Der Beschluß der Generalversammlung, wonach den Vorstandsmitgliedern und Bezirksleitern das Stimmrecht auf der Generalversammlung genommen ist, wurde als unrecht verurteilt. Weiter wurde betont, daß beim kommenden Tarifabschluß die Betriebsdemokratie erstrebt werden müsse. Ein Redner bewies die Nutzen derselben, solange nicht auch die Arbeiterschaft die politische Macht besitze. Die Gewerkschaften seien politisch interessiert. Politik sei von ihrer Tätigkeit untrennbar. Doch müsse keine einseitige Parteipolitik be-

trieben werden. In seinem Schlusswort betonte Zonn scharf, daß es auf der Generalversammlung allerdings die ausgeprochenen Absicht der Opposition gewesen war, die Verbands-tätigkeit einseitig politisch zu orientieren. Solches müßten wir ablehnen. Zu Redner für die Hauptkassette wurden wiedergewählt die Kollegen Dies und Lindner, in die Agitationskommission für den 8. Bezirk die Kollegen Baerer und Schonen, in die Berichtskommission die Kollegen Zente, Hahlinger, Winter, Zonn und Dejeuhr. Beim Bericht über das 2. Quartal wies Zonn darauf hin, daß entsprechend der regen Versammlungstätigkeit auch die Arbeit der Verwaltung sehr umfangreich war. De Haas gab hierauf den Rassenbericht. Die Mitgliederbewegung geht stetig aufwärts. Das müsse ein Ansporn mehr sein, weiter in den Wertstellen für den Verband zu werden. Auch eine ziemlich Reihe von Jahrestellen zeuge für eine gute Entwicklung. Auf Antrag des Redners Krebs wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Der Vorstand hat das Gehalt des Kassierers Kimmel neu geregelt. Die Versammlung stimmte dem zu. Die Versammlung eruchte dann in einer Entschließung die sozialdemokratischen Vertreter in der Hamburger Bürgerkassette, einer beabsichtigten Herabminderung der Sätze der staatlichen Arbeitslosenunterstützung entgegenzuwirken. Zum Schluß gab Zonn noch bekannt, daß den Wertstellen-delegierten vom Arbeitsamt, bezüglichen von der Sozialdemokratischen Partei Ausweisarten ausgestellt werden. Dieselben gelten für den Besuch der bezüglichen Versammlungen.

M a r b u r g. Eine am 26. Juli stattgefundene Mitglieder-versammlung der Filiale nahm zunächst den Bericht des Kassierers über das zweite Quartal entgegen. Die Einnahmen betragen M. 1470,89, die Ausgaben M. 1178,01. Der Filiale verbleibt ein Kassenbestand von M. 292,88. Die Mitgliederzahl erhöhte sich von 88 zu Beginn des Quartals auf 119 am Schluß desselben. 89 Mitglieder wurden im Laufe des Quartals neu aufgenommen; 100 Mitglieder haben volle 18 Wochenbeiträge entrichtet. Der Bericht wurde mit Befriedigung zur Kenntnis genommen. Möge die Mahnung des Kassierers, die die Mitglieder zur weiteren Mitarbeit anspornt, Beachtung finden. Hierauf gab Kollege Zimmermann einen Bericht über die Generalversammlung in Würzburg. Er schilderte die Stellungnahme der Delegierten zu den einzelnen Punkten und betonte, daß, wenn die Meinungen auch teilweise über das, was hinter uns liegt, sowie die in Zukunft einschlagenden Wege, hart aufeinandergestoßen seien, so doch eine Einigkeit über das zu erstrebende Ziel vorhanden gewesen sei. Es gelte, sachlich und objektiv unter Würdigung einer jeden ehrlichen Meinung an die Prüfung der Beschlässe heranzutreten und nicht in dem Sinne, wie es die Feinde Kollegen getan hätten, denn damit fördere man die einzige Zusammenarbeit nicht. Kollege Dunkel legte in sachlicher Weise seinen Standpunkt klar, warum er mit der Opposition gestimmt habe. Er hält die Kriegspolitik der Generalkommission und der Verbandsvorstände für verfehlt. Wenn man auch bei Kriegsausbruch noch nicht klar sehen konnte, wohin die Messe der Kriegsheer ginge, so sei dies doch sehr bald deutlich in Erscheinung getreten. Daraus hätten diese Instanzen ihre Konsequenzen ziehen müssen. Die Betriebsräte, ohne politische Nachmittel ausgestattet, hält er für eine untaugliche Einrichtung. Die politische Neutralität der Gewerkschaften hält er für verfehlt, die Gewerkschaften müßten politisiert werden. Nicht warm trat der Redner für die beschlossene Beitragserhöhung ein. Kollege Seip glaubt, daß die Durchführung des Mitgliedsystems in Marburg große Schwierigkeiten herbeiführen würde, wenn sich die Arbeiter nicht mehr um ihre Verhältnisse kümmern. Auch er betonte die Notwendigkeit der Beitragserhöhung. Kollege Zimmermann bemerkte in seinem Schlusswort, daß gar keine andere Möglichkeit bestehe, als eine parteipolitische Neutralität in den Gewerkschaften einzunehmen, nachdem das Proletariat leider in drei politische Parteien gespalten sei. Wir müssen das Trennende aus dem Verband fernhalten und die ganze Kraft auf die Einigkeit legen. Unter Konstatierung, daß die Beschlässe der Generalversammlung die Zustimmung der Versammlung gefunden, schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

S t e i t t i n. Die hier am 7. Juli, abends 7 Uhr, im Volkshaus stattgefundene außerordentliche Mitglieder-versammlung nahm zunächst den ausführlichen Bericht des Delegierten von der Generalversammlung in Würzburg entgegen. Aus den Ausführungen geht hervor, daß die General-versammlung nicht das gezeitigt hat, was die Steitiner Kollegen erwartet haben. Die Versammelten begrüßten es mit Freuden, daß alle Delegierten darin einig waren, daß jede Zerstückelung von der Organisation fernzuhalten sei und die feste Einigkeit und Solidarität, unabhängig von jeder politischen Parteirichtung und Meinung, in Zukunft noch mehr als bisher zu fördern ist. Die Ausführungen der einzelnen Diskussionsredner gingen dahin, daß die Generalversammlung nicht in allen Punkten den Wünschen der Kollegen Rechnung getragen hat. Sie hoffen, daß die angenommenen Anträge, insbesondere betreffs Beitrag und Unterstützungen, nochmals einer Prüfung unterzogen werden mögen. Ferner empfehlen sie der Hauptverwaltung, sich in Zukunft mehr um die wirkliche Stimmung der Mitglieder zu kümmern und dementsprechend zu urteilen. Die Ausführungen fanden die Zustimmung der Versammlung. Weiter beschäftigte sich die Versammlung mit der Neuordnung der durch Ortstarifamtbeschlüsse vom 18. März 1919 festgelegten durchgehenden Arbeitszeit, von 8 bis 12 Uhr und von 12½ bis 4½ Uhr. Ein großer Teil unserer Kollegen am Orte war mit dieser Arbeitszeit nicht zufrieden, sondern drängte auf Wiedereinführung einer Mittagspause. Die Verwaltung mußte daher, da auch die Arbeitgeber den Beschluß nicht einhielten, zu einer Neuordnung schreiten. Nach einer sehr reichhaltigen und stürmischen Debatte ergab die Abstimmung zwei gleichstarke Resultate für und gegen die bestehende Arbeitszeit. Gegen die durchgehende Arbeitszeit stimmten zwei Kollegen mehr. Um nun dieser eigenartigen Abstimmung Rechnung zu tragen, wurde folgender Antrag mit großer Mehrheit angenommen: „Die Regelung der Arbeitszeit bleibt den einzelnen Wertstätten überlassen. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 8 Stunden und ist der späteste Arbeitschluß 4½ Uhr. Nach erfolgter Regelung ist die Arbeitszeit sofort der Ortsverwaltung mitzuteilen.“ Die Vereinbarung, wonach der Lohn ab 1. Juli M. 2 respektive für Gehilfen über 20 Jahre M. 2,10 betragen soll, wurde von unsern Arbeitgebern abgelehnt und dem Reichsarbeitsministerium die Entscheidung überwiesen. Ferner wurde ein Antrag angenommen, eine

Bedenktafel für unsere gefallenen Kollegen zu errichten. Nachdem noch einige Redner für festen Zusammenschluß und guten Versammlungsbefuch eingetreten, schloß der Vorsitzende, Kollege Dresler, um 11½ Uhr die gut besuchte Versammlung. W. S.

Z i r l e g a u i. E s t. Die zur Filiale Breslau gehörige Jahrestelle Zirlgau, bei Kriegsbeginn eingegangen, ist nun in neuem Leben erwacht. Leider sind nicht alle früheren Mitglieder aus dem Felde zurückgekehrt. Einige befinden sich noch in Gefangenschaft, aus der sie hoffentlich bald erlöst werden, andere sind auf dem Felde der Ehre geblieben. Trotz aller Revolution und sonstiger Bewegung sah man auch hier wieder, daß sich die Herren Arbeitgeber noch immer im reaktionären Lager befinden und noch nicht umgelernt haben, noch umlernen wollen, und bis zur Ueberbrückung der sozialen Gegensätze noch ein weiter Weg ist. Nach monatelanger Verhandlung ist dem Reichsarbeitsamt endlich Geltung verschafft worden. Gegenwärtig zählt die Jahrestelle zwar nur 8 Mitglieder, aber doch blüht neues Leben aus den Ruinen. Fr. W.

Eingefandt.

In Nr. 29 des „Vereins-Anzeigers“ meldet sich Kollege Kaiser, Berlin, und sucht in einer Nichtigkeitsklage meines Eingefandts in Nr. 27 mich herabzuwürdigen. Ich hatte nicht erwartet, daß Kollege Kaiser sich melden würde. Da es dennoch in angreifender Weise geschehen ist, muß ich zu dieser entstellenden Nichtigkeitsklage das Wort ergreifen. Die mir gemachten Vorhaltungen kamen von ganz anderer Seite, verehrter Kollege Kaiser, und dies geschah, wie ich schon erwähnte, nach Schluß des Verbandstages. Kollege Kaiser hätte ja eigentlich keine Ursache, mir irgendwie Vorhaltungen zu machen, da ich ihm ja bei der Untewerbung, wo ich eine redaktionelle Forderung des Absatzes 5 des Berliner Antrages wünschte, die aber abgelehnt wurde, erklärt habe, daß ich der Resolution ohne die gewünschte Forderung nicht zustimmen könnte. Auf Grund dieser Erklärung war für den Kollegen Kaiser jeder Grund genommen, mir irgendwie Vorhaltungen zu machen. Die mir gemachten Vorhaltungen kamen aus dem andern Lager, und war ich deshalb gezwungen, weil dies nach Schluß des Verbandstages geschah, in einem kurzen Eingefandt jenen Kreisen die Gründe meiner Stellungnahme bekanntzugeben. Die Forderung des scharf bekämpften Wortes „Verbrechen“ ist mir ja bekannt, aber meine gewünschte Forderung bezog sich hauptsächlich auf den letzten Satz des Absatzes 5 der Resolution, wo von einer Entfernung der Angestellten die Rede ist. Wenn es auch nur hier „nötigenfalls“, so hätten, wenn die Resolution Annahme gefunden hätte, Vorstand und Bezirksleiter konsequenterweise abtreten müssen. Etwas anderes gab es einfach nicht. Das haben sogar Delegierte, die in der Diskussion für Annahme der Resolution plädierten, eingesehen, indem sie bei der Abstimmung die Tragweite dieser Fassung einsahen und dann gegen diese Resolution stimmten.

Ich habe in meinem Eingefandt auf jene Gewaltpolitik hingewiesen, die gegen Rautsk, Rosa Luxemburg und gegen die Sozialredakteure angewandt wurde, und diese Gewaltpolitik hervorzuheben auf das schärfste verurteilt, wie diese von allen verurteilt worden ist. Da der letzte Satz des Absatzes 5 der Berliner Resolution einem ähnlichen, man kann auch sagen, gleichem Akt, gleichsam, konnte ich, um konsequent zu bleiben, einfach nicht zustimmen. Die Fassung dieses Absatzes war eben eine unglückliche, das wird auch den Berliner Köpfen nach und nach einleuchten; die Resolution hätte eine weit höhere Unterstufung gefunden, wenn die Fassung des Absatzes 5 eine andere war. Eine Rechtfertigung meinen Mandatgebern gegenüber, die zum übergroßen Teil U. S. P. sind, hatte ich nicht nötig und war in meinem Eingefandt auch nicht beabsichtigt. Nach einer eingehenden, objektiven und ausführlichen Berichterstattung in meiner Filiale hat man sich mit meiner Stellungnahme einverstanden erklärt.

In dieser Angelegenheit könnte ja noch viel gesprochen werden, hielte es aber für zwecklos, auf weitere Erörterungen einzugehen, da in meinem Eingefandt in Nr. 27 des „Vereins-Anzeigers“, jene Kreise, die nach Schluß der Verhandlungen mit der Kritik einsetzten, die Gründe meiner Stellungnahme erfahren haben.

Damit glaube ich, daß weitere Worte in dieser Angelegenheit überflüssig sind, aber die „Nichtigkeitsklage“ des Kollegen Kaiser bedurfte einer Nichtigkeitsklage.

Albert Franke, Elberfeld.

Gewerkschaftliches.

Gewerkschaftskonferenz in Bromberg. Seitdem der Friedensvertrag von der deutschen Regierung angenommen ist und dadurch große Teile der Ostmark an das Polreich abgetreten wurden, herrschte auch unter den Gewerkschaftsmitgliedern eine große Aufregung mit der bangen Frage: Was wird nun aus unsern Gewerkschaftseinrichtungen? Die Wünsche der Kollegen waren in dieser Sache recht verschieden. Einige hatten schon allen Mut verloren, sie befürchteten, daß nun in Zukunft die Gewerkschaften nicht mehr bestehen werden. Andere wollten sofort die Möglichkeit ergreifen, mit den Gewerkschaften in Kongresspolen in Verbindung zu treten, ohne dabei zu bedenken, daß leider in Kongresspolen von einer Gewerkschaftsbewegung in unserm Sinne gar nicht zu reden ist. Im allgemeinen hat sich ja die Stimmung geändert, als die Kollegen erfuhren, daß auf einer Vorstandskonferenz in Nürnberg der Beschluß gefaßt wurde, daß die deutschen Gewerkschaften auch fernerhin die Rechte der Mitglieder anerkennen, und zwar bis zum 1. Oktober 1920.

Jetzt mußte unsere Aufgabe sein, schnell die notwendigen Bedingungen zu schaffen, unter denen es möglich ist, im polnischen Staate die Gewerkschaftsbewegung in unserm Sinne fortzuführen. Klar war allen Kollegen, daß der polnische Staat es nicht zulassen würde, die Geschäfte der Gewerkschaften weiter mit den Zentralvorständen in Deutschland zu erledigen. Gegenwärtig kann man in den polnischen Blättern schon lesen, daß sie sich die Aufgabe stellen, den Kampf gegen den Sozialismus und allen Umsturz aufzunehmen. Die Leiter der polnischen Berufsvereinigungen blafen in das gleiche Horn und wollen ihre Gewerkschaft weiter ausbauen auf christlicher und nationaler Grundlage. Die Unternehmer, Deutsche und Polen, die sich schon gefunden haben, warten

nur darauf, um die längere Arbeitszeit wieder einzuführen. Es wird also die dringende Aufgabe unserer Kollegen sein, die alte Gewerkschaftsbewegung weiter auszubauen und zu befestigen, da wir im politischen Staat eine konservative Regierung finden, die in allererster Linie die Interessen der Kapitalisten vertreten wird.

Am 20. Juli fand eine Konferenz statt, die zu allen diesen Fragen Stellung nahm. Die Konferenz war von rund 175 Delegierten besucht. Man war sich vollständig darin einig, erst recht fest zusammenzuhalten und alles zu tun, um das in Deutschland erkämpfte wirtschaftliche Niveau zu halten und weiter auszubauen. Nachdem der Genosse Stössel in einem Referat alle diese Fragen erörtert hatte, wurde einstimmig beschlossen, eine Zentralkommission mit dem Sitz in Bromberg zu wählen. Die Aufgaben der Zentralkommission sind: 1. Erhaltung aller Gewerkschaftsfilialen und deren Vereinigung in der Zentrale. 2. Zentralisation und Verwaltung des gesamten Klassenwesens durch die Zentrale. 3. Vermittlung der mit deutschen Gewerkschaften zu erledigenden Geschäfte bis zur endgültigen Auseinandersetzung. 4. Herausgabe und Verwaltung des Gewerkschaftsorgans. 5. Die Schaffung eines Gewerkschaftsbundes. Als Vorsitzender dieser Zentrale wurde Genosse Stössel und als Kassierer der Kollege K u o b e l s d o r f gewählt. Dieser Vorstand hat nun die Aufgabe, die Geschäfte der einzelnen Zweigvereine vorläufig mit den Zentralvorständen zu vermitteln und weiter den Ausbau eines Gewerkschaftsbundes zu betreiben. Hoffen wir nun, daß es dem Gewerkschaftsbund gelingt, alle Arbeiter zusammenzufassen, um in der altbewährten Weise die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter zu verbessern.

Auf jeden Fall werden sich die deutschen Arbeiter mit den gemaltem abgetrennten Brüdern auf immer solidarisch fühlen.

Verbandsstag der Töpfer. Der Verbandsstag der Töpfer und Berufsgenossen, der in der Woche vom 23. bis 28. Juni in Nürnberg im Künstlerhaus tagte, war von 37 Delegierten besucht. Aus dem für den Zeitraum 1918 bis 1918 erstatteten Rechenschaftsbericht des Vorstandes, der durch den Vorsitzenden Drunzel mündlich ergänzt wurde, wäre zu erwähnen, daß der Verband in seiner Mitgliederzahl sich während des Krieges unter 3000 senkte. Von etwas über 10 000 Mitgliedern die der Verband kurz vor Kriegsausbruch zählte, sind rund ein Zehntel dem Weltkrieg zum Opfer gefallen. Trotzdem hat der Verband heute bereits wieder über 9000 Mitglieder und seine Mitgliederzahl ist in allmählichem und stetigem Steigen begriffen. Der Kassenbericht wurde durch den Kassierer G o t h e r mündlich ergänzt. Seit dem Schlusse des Geschäftsjahres 1914 hat sich der Kassenbestand, der am Schlusse des Jahres 1918 M. 268 865 betrug, um insgesamt M. 71 049 verringert. Im gleichen Zeitraum wurden M. 110 472 für außerordentliche Unterstüßungen ausgegeben in Gestalt von Kriegs-, Not- und Weihnachtunterstützung für die Angehörigen der zum Heeresdienst Eingezogenen.

Der Redakteur Schmitz begründete die Arbeitsgemeinschaft als die Kapitulation des Schwerunternehmens vor der Koalitionsfreiheit der Arbeiter. Im übrigen setzte er sich mit der Opposition auseinander, die bestrebt gewesen war, im Verbandsorgan politische Propaganda zu treiben.

Die Debatte des Vorstandesberichtes war eine lebhaft und ausgedehnte. Sie endete mit einer völligen Niederlage der Opposition, die aus 3 Kommunisten und 5 Unabhängigen bestand. Eine Berliner Resolution, die dem Vorstandsvorsitz das Misstrauen ausdrückt, die Aufhebung der Generalkommission, die Nichtwiederwahl des Vorstandes und der Gauleiter fordert, soweit sie auf dem Boden der Generalkommission stehen, und die die Ablehnung der Arbeitsgemeinschaft verlangte, wurde gegen 5 Stimmen abgelehnt. Eine von der Mehrheit eingebrachte Resolution, die die Herplittierung der Arbeiterbewegung bedauert und das Bestreben verurteilt, den politischen Streit in die Gewerkschaften zu tragen, die ferner die Tätigkeit des Zentralvorstandes und der Gauleiter billigt und die gewerkschaftliche Einigkeit der Arbeiterklasse fordert, wurde gegen 7 Stimmen angenommen.

Nach einem Vortrage des Redakteurs über „Die Gewerkschaften im neuen Deutschland“, worin er verlangte, daß den Betriebsräten weitgehendste Mitarbeit und Kontrolle in den Wirtschaftsbetrieben gesetzlich zugesichert wird, wurde nach längerer Diskussion eine im Sinne der Ausführungen des Referenten sich bewegende Resolution gegen 1 Stimme angenommen. Mit gleichem Stimmenverhältnisse wurde eine Resolution angenommen, die die Einsetzung einer Sozialisierungskommission für das Töpfergewerbe fordert. Eine weitere Resolution, die besagt, daß die Gewerkschaften eines der Kampfglieder des Proletariats sind, daß sie den Klassenkampf wirksam unterstützen und die Einigkeit der Arbeiterklasse innerhalb der Gewerkschaften hochzuhalten haben, fand gleichfalls mit großer Mehrheit Annahme.

Hierauf wandte sich der Verbandsstag zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen im Töpferberufe. Nach eingehender Debatte erklärte sich die Versammlung im Prinzip einstimmig für die Einführung der Lohnarbeit im Berufe. Endgültig soll über diese Frage eine Abstimmung nach Branchen mit Zweidrittelmajorität entscheiden. Als Vorbedingung zum späteren Abschluß eines Reichstariers sollen überall Provinzial- oder Bezirksstaris angestrebt werden. In der Verordnungsfrage wurden bestimmte Forderungen aufgestellt, die ihrer Verwirklichung entgegengeführt werden sollen.

Die Statutenberatung ergab große Änderungen in den Beiträgen sowohl als auch in der Höhe und Dauer der Unterstützungen. Die Wochenbeiträge für Jugendliche und körperlich Gebrechliche wurden auf 50 % festgesetzt, in Fabrikbetrieben beschäftigte weibliche Mitglieder oder Hilfsarbeiter mit niedrigen Verdiensten sollen 80 % Wochenbeitrag zahlen, ferner sollen die Wochenbeiträge bei Wochenverdiensten bis M. 50 M. 1, bei M. 50 bis 70 M. 1,20, bei über M. 70 M. 1,50 betragen. Die Wander-, Arbeitslosen- und Krankenunterstützung wurde zu einer Unterstützungsform vereinigt. Die Arbeitslosenunterstützung beträgt in den verschiedenen Klassen 85 % bis M. 2 täglich, die Krankenunterstützung 95 % bis M. 2,20 täglich. Die Unzulagsunterstützung wurde gestaffelt und beträgt in niedrigerer Klasse M. 20, in höchster Klasse M. 50. Beiendende Fahrgelder bei Arbeitswechsel werden bis zu M. 20 jährlich gewährt, die Hinterbliebenenunterstützung beginnt bei M. 10 und steigt nach Dauer der Mitgliedschaft

und Beitragshöhe bis auf M. 125. Die Streifenunterstützung wurde bedeutend erhöht. Die erhöhten Beiträge sollen am 1. Oktober 1919, die erhöhten Unterstützungen am 1. Januar 1920 in Kraft treten.

Von den sonstigen Beschlüssen des Verbandstages wäre noch zu erwähnen, daß der Ausschuss abgeschafft und dafür ein aus 9 Personen bestehender Beirat eingesetzt wurde. In der Verschmelzungsfrage mit den Verbänden der Porzellan- und Glasarbeiter sollen Vorstand und Beirat die weiteren Schritte unternehmen, ferner gab der Verbandstag einstimmig der Ueberzeugung Ausdruck, daß alle im Kachelofenherstellungsgewerbe, in den Scheibentöpfereien und Stempelzeugwerken beschäftigten Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen zu keinem anderen als dem Töpferverband gehören können. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden Drunzel als 1. Vorsitzender, Parisch als 2. Vorsitzender, Lothe als Hauptkassierer und Schmitz als Mediateur in gemeinsamem Wahlgang durch Abstimmung gegen 4 Stimmen wiedergewählt. Auch die Gauleiter wurden wiedergewählt.

Sozialpolitisches.

Anordnung einer allgemeinen Volkszählung. Schon im Jahre 1918 hatte es sich herausgestellt, daß die Veränderungen und Veränderungen im Bevölkerungsstande der einzelnen Gebiete des Reiches während eines Jahres so erheblich sind, daß die bei der Volkszählung am 5. Dezember 1917 ermittelten Zahlen nicht mehr als zuverlässige Unterlagen für die Verteilungsmaßnahmen des Reichsernährungsministeriums angesehen werden können. Es war daher für den 4. Dezember 1918 eine allgemeine Volkszählung angeordnet worden. Die fürnische Bevölkerungsbewegung während der Demobilisierung sowie die sonstigen damaligen Verhältnisse gaben jedoch Veranlassung, von der Vornahme der Volkszählung Abstand zu nehmen. Inzwischen hat aber gerade die Demobilisierung durch die eingetretenen Veränderungen im Bevölkerungsstande die Notwendigkeit einer neuen Aufnahme der Bevölkerung noch verstärkt. Reichsministerium, Staaten-ausschuss und 28er Ausschuss der Nationalversammlung haben daher beschlossen, daß am Mittwoch, 8. Oktober 1919, eine Volkszählung vorgenommen werden soll. Die Zählung wird in ähnlicher Weise wie im Jahre 1917 durchgeführt werden. Für jeden Haushalt ist eine Haushaltungskarte auszufüllen, in welcher alle in der Nacht vom 7. auf den 8. Oktober 1919 in der Haushaltung anwesenden Personen und in einem besonderen Abschnitt auch alle vorübergehend abwesenden Personen einzutragen sind. Die Zählung soll in erster Linie die Unterlage für eine gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel bieten. Für die bei der Zählung über die Persönlichkeit des einzelnen gewonnenen Nachrichten ist das Amtsgeheimnis zu wahren. Für die Durchführung der Zählung wird wieder auf die freiwillige Beteiligung geeigneter Personen als Zähler zurückgegriffen werden müssen. Bei der Bedeutung der Zählung für die Versorgungsregelung liegt es im Interesse jedes einzelnen, daß die Zählung ein möglichst zuverlässiges Ergebnis liefert. Es muß daher erwartet werden, daß die gesamte Bevölkerung bestrebt sein wird, die Durchführung der Zählung nach Kräften zu unterstützen und zu erleichtern.

Fachtechnisches.

Patentschau. Zusammengestellt vom Patentbureau Krueger, Dresden.
Angemeldete Patente: Kl. 22 g. 3. St. 80 326. Erich Stefani, Genf, Schweiz; Verfahren zur Herstellung eines weiterbeständigen Farbenbindemittels. 2. Juli 1917.
Gebrauchsmuster: Kl. 9. 708 058. Franz Dehn, Neumark, Westpreußen. Füllpinsel. Ang. 14. Mai 1919. — Kl. 75 c. 708 605. Hub. Albrecht Söhne, Weidenau, Siep; Farbtopf. 17. Mai 1919. — Kl. 75 c. 708 862. Gottfried Gehrmann, Dortmund; Zimmerdeckenabfrager. 26. Mai 1919. — Kl. 75 d. 707 921. Carl Schaffe, Wehlar; Städteansichten und Landschaften als Schattenbilder in Silhouetten oder Scherenschnittart. 15. Mai 1919. — Kl. 75 c. 708 466. Jof. Deyle, Wachen, Adalbertberg 53; Malbrett. 21. Mai 1919.

Literarisches.

Ernährung und Pflege des älteren Kindes (nach dem Säuglingsalter). Von Prof. Dr. Leo Langstein. Zweite, erweiterte Auflage. Preis gebunden M. 8. Max Hefses Verlag, Berlin W 15. Eine unserer größten Zukunftsaufgaben muß die Sorge um das heranwachsende Geschlecht sein. In dem vorliegenden Buche wird von dem bekannten Berliner Kinderarzt in verständlicher Weise die Hygiene des Spiel- und Schulalters geschildert. Der Verfasser geht von dem einzig richtigen Standpunkt aus, daß nur durch einen gut organisierten Kleinkinderschutz die Bestrebungen des Säuglingschutzes und der schulärztlichen Tätigkeit auf eine gedeihliche Basis gestellt werden können. Darum beschränkt er sich auch nur auf jene Maßnahmen, die dazu geeignet sind, gesunde Kinder gesund zu erhalten. In den einzelnen Kapiteln werden behandelt: Die Sonderstellung des Kindesalters. Vom Wachstum und der Entwicklung des Kindes. Die Zeichen der Gesundheit des Kindes und Abweichungen vom normalen Zustande. Die Kindheitsperioden. Das Spielalter. Das Schulalter. Die verschiedenartige Veranlagung der Kinder. Einfluß der Kriegsverhältnisse auf die Ernährung und Pflege der Kinder. Eltern und Erziehern ist das Buch aufs wärmste zu empfehlen.

Sterbetafel.

Frankfurt a. M. Es starb unser langjähriger Vertrauensmann der Zahlstelle Oberrodenbach, Kollege A d a m Hugo, seit 27. April 1906 im Verband. — Ferner starb unser Kollege E. M. Stöling der Zahlstelle Hanau, seit 23. Mai 1914 im Verband. — Die Zahlstelle Langenselbold bedauert den Tod unseres Kollegen Johannes

Ries, seit 26. Juni 1904 im Verband. — Kollege Hermann Jung, Mitglied der Zahlstelle Sossenheim seit 22. November 1908 im Verband, ist gestorben. Mainz. Am 26. Juli starb unser treues zwanzigjähriges Mitglied, Kollege A n t o n O f f, Lüncher, im Alter von 74 Jahren. Stuttgart. Am 6. Juli starb unser Kollege Karl Röhler, 38 Jahre alt, an Herz-Kreislauferkrankung. Ehre ihrem Andenken!

Vom 10. bis 16. August ist die 33. Beitragswoche.

Anzeigen

Zur Anfertigung von Bühnendekorationen nach gegebenen Skizzen wird ein geschickter

Theatermaler

gesucht, der auch über bühnentechnische Kenntnisse verfügt und als Bühnenmeister bei städtischen Theateraufführungen tätig sein kann.

Meldungen mit Gehaltsansprüchen und Empfehlungen unter Beigabe eigener Skizzen an das städtische Hochbauamt Gelsenkirchen bis zum 5. August erbeten.

Der Oberbürgermeister.

Für Warmen wird sofort ein tüchtiger Lackierer gesucht, der mit dem Spritzverfahren für Eisenblech, Messing, Kupfer, Silber, Gold, Bronze und feinsten Holzarbeiten vertraut ist und selbstständig arbeiten kann. Angeb. m. Zeugn. an Fritz Fischer, Metallwarenfabrik, Warmen-Wil.

Suche Malergeschäft

zu kaufen in irgendeiner Kleinstadt. Angebote an P. Nagel, Spandau, Meier Straße 19.

Gründliche Ausbildung zum Geschäftsführer und Buchhalter im Malergeschäft durch Fernunterricht ohne Berufshilfe. Probebrief frei. Erfolg garantiert. Franz Wenzel, Leipzig-Stötteritz.

Streichbürsten Pinsel aller Art

in größter Qualität zu billigen Preisen liefert H. W. Witte, Berlin NO 18, Eßlinger Straße 84.

Fachlehrbücher I. Ranges

mit vielen Abbildungen. Der Dekorationsmaler u. Stubenmaler M. 7,50. Die Holz- u. Marmorarbeit 2,20. Mob. Monogramme 7,17. Technik der Desmalerei 2,85. Bad- und Fliesenfabrikation 5,99. Ultramarinfarbentherapie 9,15. Einfache Firmenchriften 11,45. Vorlagen für Firmenchriften 12,00. Moderne Radchriften 7,15. Mob. Blat- und Westmalerarbeiten 9,85. Mob. Schriften 8,00. Pflanzentwurf 12,00. Handmüstermappe f. Firmen-schreiber 8. Praktische Vorschriften für Maler, Läufer u. Stubenmaler 8,00. Harmonie der Farben 8,00. Der Tapezierer u. Dekorateur 12,00. Die Schule des Tapezierers 15. Tapezier- und Dekorationskunst 44. Praxis des Tapezierers u. Dekorateurs 15,40. Mustermappe des Dekorateurs 22. Einfache Dekorationsarten für Tapezierer 18,20. Ausstattung vornehmer Wohnräume (Tapezierkunst) 35. Der Wandwerter als Kaufmann 7,25. Handbuch für Kaufleute 13,50. Sachrechner 2. Taschenrechner 4,25. 1000 chemisch-technische Rezepte zu Handbuchs-artigkeit 8. Wegen Übernahme. L. Schwarz & Co., Verlagbuchhandlung, Berlin 40 E. Annenstr. 24.

Malertitel

aus echt. Leinen, kein Ersatzstoff, pr. Stück A. 19,50. Größe gratis. Drei-Ringige Größe M. 18, Höhe M. 18. Als Maß erbitte ganze Körperlänge von Kopf bis Fuß und ob schlang ob. Hart. Berl. geg. Nachn. Julius Hammerschlag, Halle a. d. S. 9.



Neu! Praktische Anleitung zur Erkennung der Schriftentziffern, Blaudruck, Vertiefung und Glasieren nebst einer Mappe Schriftentziffern nur A. 30. Kleinvertrieb Karl Schnell, Wehlar a. d. S., Dompf. 7.

Malerschule Buxtehude gegr. 1877. Kriegsbeschädigten-Kurs. Größte Schule für Dekorationsmaler. Goldene Medaille u. Ehrenpreis. Prospekt durch die Direktion.

Kieslin

Gentels mineralisches

Farben-binde-mittel

ist geeignet, bei allen Maler- und Anstreicherarbeiten eine gewaltige

Umwälzung

herbeizuführen. Von Fachleuten glänzend beurteilt. Gebrauchsanweisung und Muster frei.

Henkel & Cie. Düsseldorf. Fabrik chemischer Produkte.

Garantiert reines gekochtes Leinöl zu M. 22 per Kilo (von 30 kg an billiger) liefert **Heinrich Koll Oelimport** Farben, Lacke, Firnisse **Köln.** Fernsprecher: A. 5034 Drahtadresse: Koll Harzprodukte.

Nr. 30 des „Correspondenzblattes“ liegt heute bei.